

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Europäische Austauschprogramme für die junge Generation besser zugänglich machen, Thüringen in Europa stärken

- I. Der Landtag begrüßt, dass
 1. sich zahlreiche Kommunen, Träger der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, Betriebe, Kammern, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie vielfältige Organisationen und Initiativen in Thüringen zum Teil seit vielen Jahren intensiv für europäische Partnerschaften und Austauschmaßnahmen engagieren und so jungen Menschen den Zugang zu Chancen eröffnen, welche das zusammenwachsende Europa bietet;
 2. die Europäische Kommission vorgeschlagen hat, die EU-Mittel für europäische Jugendaustauschmaßnahmen, die über Erasmus+ zur Verfügung gestellt werden, in der Zeit des kommenden mehrjährigen EU-Finanzrahmens ab 2021 deutlich zu erhöhen;
 3. mit der neuen EU-Jugendstrategie ab 2019 die Beteiligung, die Begegnung und die Befähigung junger Menschen in den Blick genommen wird, damit Europa mehr und mehr ein Kontinent wird, junge Menschen Chancen ergreifen und sich mit europäischen Werten identifizieren;
 4. vielfältige Ansätze verfolgt werden, um europäische Auslandsaufenthalte von Studierenden zu fördern, darunter das Erasmus+-Programm der EU, dessen Umsetzung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und die Akademischen Auslandsämter der Hochschulen unterstützt wird, sowie weitere Förderprogramme des DAAD wie zum Beispiel PROMOS (Programm zur Steigerung der Mobilität von Studierenden deutscher Hochschulen), die sich nicht nur auf europäische Länder beziehen;
 5. das Europäische Informations-Zentrum Thüringen als Teil des EUROPE DIRECT Informations-Netzwerks der Europäischen Kommission den Bürgerinnen und Bürgern in Thüringen als Informationsquelle und Anlaufstelle bei Fragen rund um die Europäische Union dient.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. eine Initiative ins Leben zu rufen mit dem Ziel, dass spätestens 2025 möglichst viele junge Menschen, die in Thüringen wohnhaft sind, die Chance erhalten, mindestens einmal vor Beendigung des 25. Lebensjahrs - im Lebensabschnitt ihrer Schullaufbahn, Berufsausbildung oder in der Studienzeit - mindestens zwei Wochen lang den Alltag in einem anderen europäischen Land miterleben zu können; um dieses Ziel zu erreichen, sollen vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel die bestehenden

- Strukturen, die sich mit europäischen Austauschprogrammen befassen, wo erforderlich, besser vernetzt und unterstützt sowie ergänzt werden; auf diese Weise trägt Thüringen aktiv zur EU-Jugendstrategie bei und eröffnet insbesondere bisher benachteiligten Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu europäischen Austauschmaßnahmen;
2. die Information junger Menschen über bestehende Möglichkeiten, an europäischen Austauschmaßnahmen teilzunehmen, zielgruppengerecht zu verbessern; dies soll auch mithilfe von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Schulbildung, Jugendarbeit, Dualen Berufsausbildung und im Studium sowie mithilfe lokaler Netzwerke in den Kommunen, die Städtepartnerschaften pflegen, geschehen; vorhandene Beratungs- und Unterstützungssysteme des Landes sind weiterzuentwickeln und aufeinander sowie auf Angebote anderer Träger abzustimmen; dabei ist darauf zu achten, dass keine Parallelstrukturen geschaffen sowie fachliche und inhaltliche Überschneidungen vermieden werden;
 3. über Schulprojekte allen Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, wie europäische, Internationale und globale Fragen mit dem eigenen Leben vor Ort in Thüringen zusammenhängen;
 4. die durch Programme der Europäischen Union wie Erasmus+ und Nachfolger gegebenen Möglichkeiten noch besser auszuschöpfen und dabei insbesondere Menschen mit geringeren Teilhabechancen beim Zugang zu den Programmen besser zu unterstützen;
 5. das Antragsverfahren für die Gewährung von Zuschüssen zu europäischen Austauschmaßnahmen, soweit möglich, weiter zu vereinfachen oder auf eine weitere Vereinfachung dieser Antragsverfahren hinzuwirken; die Landesregierung wird ferner darum gebeten, sich für eine Harmonisierung und Entbürokratisierung der vielfältigen Förderinstrumente einzusetzen;
 6. als Arbeitgeber und Dienstherr dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Auszubildende sowie Anwärterinnen und Anwärter des Landes die Möglichkeit bekommen, einen Teil ihrer Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zu absolvieren; hierzu sind insbesondere entsprechende Möglichkeiten in der Thüringer Landesvertretung in Brüssel zu evaluieren;
 7. im Rahmen der Lehrerausbildung die angehenden Lehrerinnen und Lehrer zu Auslandsaufenthalten zu ermutigen und darauf vorzubereiten, ihren Schülerinnen und Schülern den Zugang zu Europa-Chancen zu eröffnen und die Auseinandersetzung mit europäischen, internationalen und globalen Fragen zu erleichtern; Letzteres soll auch verstärkt in Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulleitungen behandelt werden;
 8. zu evaluieren, ob die zur Förderung europäischer Jugendaustauschmaßnahmen zur Verfügung stehenden Landesmittel ausgebaut werden können.

Begründung:

Von europäischen Austauschprojekten profitieren einerseits die jungen Menschen selbst und andererseits ganz Thüringen und Europa: Der europäische Jugendaustausch bildet einen wesentlichen Grundstein für das friedliche Zusammenleben in Europa. Er baut Brücken zwischen den Nationalstaaten und verfestigt die europäische Idee. Durch europäische Austauschmaßnahmen entstehen nicht nur Freundschaften. Austauschmaßnahmen tragen auch zur Persönlichkeitsentwicklung sowie zum Ausbau von Fremdsprachenkompetenzen bei. Gerade letztere sind für Unternehmen in Thüringen, die immer mehr auch international tätig

sind, von zukunftsweisender Bedeutung. Gleichsam bieten europäische Jugendaustauschmaßnahmen Chancen, die Berufsausbildung noch attraktiver zu gestalten und so potenzielle Fachkräfte anzusprechen. Thüringen ist als Land in der Mitte Deutschlands - im Herzen Europas - ganz besonders auf ein selbstverständliches Miteinander über Staatsgrenzen hinweg angewiesen. Europa wird durch Jugendaustausch erlebbar und kann leichter mitgestaltet werden. Dies spricht dafür, gemeinsame Anstrengungen mit der Europäischen Union, dem Bund und den Kommunen zu unternehmen, künftig allen jungen Menschen, die wohnhaft in Thüringen sind, den Zugang zu solchen Europa-Chancen zu eröffnen. Dies gilt umso mehr, als bisher nur ein geringer Teil der jungen Generation an europäischen Jugendaustauschmaßnahmen teilnimmt. Um europäischen Jugendaustausch für alle jungen Menschen zugänglich zu machen, ist eine gemeinsame Anstrengung auf allen politischen Ebenen erforderlich. Auf EU-Ebene wird derzeit das ehrgeizige Ziel angestrebt, bis 2025 einen europäischen Bildungsraum zu schaffen. Der Europäische Rat forderte in seinen Schlussfolgerungen vom 14. Dezember 2017 die EU-Mitgliedstaaten, den Rat und die Kommission auf, "im Einklang mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten die Arbeiten weiter voranzubringen, um Folgendes zu erreichen: eine Verstärkung der Mobilität und des Austauschs, auch durch ein wesentlich gestärktes, inklusives und erweitertes Programm Erasmus+ [...]." Die jugendpolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Union ab 2019 zielt darauf ab, mit der Jugendarbeit zu einem wertebasierten, demokratischen und sozialen Europa in Zeiten des politischen Wandels beizutragen. Im Hinblick auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats und die hohe Bedeutung Europas - gerade im Hinblick auf die derzeitigen Umbrüche in Europa und das europaweite Erstarken von Rechtspopulisten - ist es angezeigt, europäische Austauschprogramme besser zugänglich zu machen. Ein diesem Antrag entsprechender Antrag der Fraktionen der CDU und SPD erfuhr bereits in Niedersachsen breite Zustimmung.

Für die Fraktion:

Geibert